



Eine Mutter mit ihrem Kind an einer Mahnwache in Ohio für einen amerikanischen Armeangehörigen, der beim Selbstmordattentat in Kabul im August 2021 getötet wurde.

MEGAN JELINGER / REUTERS

Wenn Menschen fallen und Werte taumeln

Das Schauspiel, das seit 9/11 auf der Bühne der Weltgeschichte abrollt, ist voller Tragödien, Farcen und Zumutungen. Westliche Selbstgewissheit ist in Ratlosigkeit umgeschlagen.
Gastkommentar von Manfred Schneider

Als Präsident Joe Biden im April dieses Jahres den Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan bis zum 11. September ankündigte, ahnte er wohl nicht, welche Wucht die an diesem Datum hängenden Erinnerungen und Botschaften annehmen könnten. Der 20. Jahrestag des Angriffs auf das World Trade Center sollte den Amerikanern ins Gedächtnis rufen, dass der gescheiterte Kriegszug eine von grosser Zustimmung getragene Antwort auf die grauenhafte Terrorattacke der al-Kaida gewesen war. Aber die Umstände des Abzugs zwei Wochen vor der Deadline führten vielmehr zu dem Gefühl, dass das Ende des Krieges ein Jubiläum des Scheiterns wurde.

Und damit drängte sich eine Deutung auf, die der an Hegel angelehnte Aphorismus von Karl Marx nahelegt, wonach sich welthistorische Ereignisse bisweilen wiederholen, erst als Tragödie und dann als Farce. Auch Bilder trugen zu einem solchen Déjà-vu bei. Stärker noch als die Videos der in die Twin Towers rasenden Jets wirkt das emblematische Foto des «falling man» nach, der – als eines von vielen Opfern – am 11. September 2001 aus der Feuerhölle eines der beiden Türme sprang. Und das Wort vom «falling man» kehrte zurück in der Nachricht, dass junge Männer in Kabul zu Tode stürzten, als sie sich an ein startendes amerikanisches Militärtransportflugzeug klammerten. Zu dem Wort von Marx gehört allerdings die Erinnerung, die Farce, die ihrem Ursprung nach eine komische Einlage in einem ernsten religiösen Schauspiel war.

Die Weltgeschichte hat im Laufe der zwanzig Jahre von 2001 bis 2021 durch solche Reprisen ihre Lehren erteilt. Denn als die Türme des World Trade Center einstürzten und die Bilder dieses Zusammenbruchs um die Welt gingen, wankten alle Türme der westlichen Welt.

Gleich, ob Türme zu Kirchen gehören oder als profane Wolkenkratzer zum Himmel streben, sie verlangen den Glauben, dass sie immer stehen bleiben. Doch mit den Bedrohungen des Terrorismus und seinen politischen wie ökonomischen Folgen sowie mit dem Scheitern bei dem Versuch, im Nahen Osten wie in Afghanistan noch einmal die Festigkeit unserer Überzeugungen zu zeigen, sind viele Glaubenstürme und Überzeugungen zu Bruch gegangen. Und wie bereits früher die Rom-Reisenden mit Blick auf die Trümmer des untergegangenen Imperiums sagten, dass Steine sprächen, «saxa loquuntur», waren auch die Trümmer in New York sehr geschwätzig, um nicht zu sagen: Sie gaben bedenkliche Orakel. Das verhängnisvolle Orakel nennt man *Fatum*.

Eines dieser Orakel machte die fatale Andeutung, dass die westliche Welt damit scheitern werde, ihre höchsten Güter, Freiheit, Gleichheit, Rechte und Humanität, an andere Kulturen weiterzugeben. Es war in der Tat bitter zu erfahren, dass unsere vermeintlich universellen Werte von der halben Welt abgelehnt werden. Schmerzlicher noch sind die Folgen, dass viele der Menschen, die dort kurz den Geschmack der Freiheit geniessen durften und daher aus ihren Ländern fliehen, an unseren Grenzen abgewiesen werden. Und am schmerzlichsten ist die neueste Erfahrung, dass die Frage danach, wie im Zeichen des Terrors die Men-

Es war bitter zu erfahren, dass unsere vermeintlich universellen Werte von der halben Welt abgelehnt werden.

schenrechte der Asylsuchenden und Migranten gewährleistet werden können, unsere Gesellschaften so tief spaltet, dass sie demnächst den Prozess des Nation-Building, der an vielen Ecken der Welt gescheitert ist, auf ihre eigene Zerrissenheit anwenden müssten.

Das grosse, ernste Schauspiel, das seit zwanzig Jahren auf der Bühne der Weltgeschichte mit uns als Beobachtern, Akteuren und Opfern abrollt, ist voller Tragödien, Farcen und moralischer Zumutungen. Dazu zählt auch die Szene, in der die Regierungsspitze der USA um den damaligen Präsidenten Obama vor einem Bildschirm sass und die Liquidierung des obersten Al-Kaida-Terroristen Usama bin Ladin beobachtete. In diesem Zusammenhang rühmte Obama die «humane Ausführung» der amerikanischen Militärationen.

Dazu müsste seit kurzem auch die Liquidierung von IS-Terroristen gerechnet werden, die am Kabuler Flughafen den Tod von mehr als hundert Zivilisten und elf amerikanischen Soldaten zu verantworten hatten. Ein von Tragödien begleiteter Fortschritt ist die «humane» Kriegsführung gegen Terroristen. Indem die Feinde mithilfe modernster Technologie aus der Menge filetiert und hingelichtet werden, sind unlegbar stets weniger zivile Opfer zu beklagen. Aber es ist unvermeidlich ein Verrat an Rechlichkeit.

Doch sollte man die bin Ladins, al-Kaidas, Taliban, IS-Henker und ihre Herrscherzwillinge in den Regierungspalästen davonkommen lassen? Und erst recht: Soll der Westen darauf verzichten, die evidenten Menschenrechtsverletzungen weiter anzuklagen und Machtmittel dagegen einzusetzen? Soll er damit aufhören, seine materiellen und ideellen Güter an die durch Hunger, Terrorismus und Korruption ruinierten Menschen weiterzugeben und die Fliehenden, soweit es geht, aufzunehmen? Ist das politische und militärische Scheitern in Afghanistan auch ein moralisches Scheitern? Wer darüber entscheidet, betritt eine politische Bühne, auf der es nach dem 11. September 2001 ungewisser denn je ist, ob das Drama als Tragödie oder als Farce endet.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Einige europäische Länder, angeführt vom französischen Präsidenten Macron, haben vehement gegen die Entscheidung der australischen Regierung protestiert, vom Kaufvertrag für französische U-Boote zurückzutreten. Australien hat sich stattdessen für amerikanische atomgetriebene U-Boote entschieden.

Die Heftigkeit der europäischen Proteste kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die australische Regierung eine legitime Wahl getroffen hat: Sie hat sich zum einen für einen Anbieter mit einem leistungsfähigeren Produkt ausgesprochen. Zum anderen aber können weder Frankreich allein noch die Europäische Union als Ganze den Australiern eine glaubwürdige Beistandsgarantie im Falle eines militärischen Konfliktes im indopazifischen Raum anbieten. Die Proteste europäischer Regierungen zeigen indes, dass in Europa primär wirtschaftliche Interessen ein hohes Gewicht haben und auch im Konflikt mit China weiterhin Priorität geniessen.

Unter keinem guten Stern

Die Beschaffung von neuen U-Booten für die australische Marine beschäftigt Canberras Politik seit Jahren. 2016 fiel die Entscheidung für das französische Staatsunternehmen DCNS, die heutige Naval Group, und gegen konkurrierende Angebote aus Deutschland und Japan. Das Projekt stand indes schon seit geraumer Zeit unter keinem guten Stern. Schon wenige Monate nach Abschluss des Vorvertrages musste das französische Unternehmen einräumen, dass es beim Bau vergleichbarer U-Boote für die indische Marine zu einem Datenleck gekommen und wesentliche Teile der Baupläne entwendet worden waren. Zudem stiegen die Kosten innerhalb kurzer Zeit von ursprünglich 50 Milliarden auf 90 Milliarden australische Dollar.

Im Mai 2021 wurden Spekulationen darüber angestellt, ob die australische Regierung nicht doch U-Boote von Thyssen-Krupp erwerben sollte, um

U-Boote – Australien hat Nöte und Europa Sorgen

Frankreichs empörte Reaktion auf Canberras Kauf von US-Atom-U-Booten verkennt den Ernst der strategischen Lage im Indopazifik. Während Australien sich wappnet, glaubt Europa lavieren zu können.

Gastkommentar von Heribert Dieter

verteidigungsfähig zu bleiben. Im Juni 2021 sagte Greg Moriarty, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, er denke seit einem Jahr über Alternativen zu den französischen U-Booten nach.

Noch gravierender als die Probleme zwischen dem französischen Unternehmen und der australischen Regierung ist allerdings die Zuspitzung der geopolitischen Spannungen im indopazifischen Raum. Die chinesische Regierung hat in den letzten Jahren immer vehementer ihre Interessen durchzusetzen versucht. Australien war nicht das einzige Land, das die neue chinesische Aussenpolitik zu spüren bekam, aber dort waren die Folgen am deutlichsten zu beobachten.

Canberra schien ein Testballon dafür zu werden, wie weit die chinesische Regierung gehen würde, bis sie auf Widerstand stösst. Im November 2020 stellte die chinesische Regierung einen Katalog mit vierzehn Punkten vor, die die australische Regierung tunlichst zu befolgen habe. Kritisiert wurde etwa die Forderung der australischen Regierung nach einer Untersuchung des Ursprungs von Sars-CoV-2.

Der wachsende Druck Pekings auf Australien hat in Canberra aber nicht zu einer unterwürfigen Haltung geführt. Vielmehr geniesst die Regierung von Premierminister Morrison in Hinblick auf ihre harte Haltung gegenüber China ein hohes Mass an Rückhalt bei den australischen Bürgern. Nahezu

zwei Drittel der Australier, 63 Prozent, betrachten China im Jahr 2021 laut einer Umfrage des Lowy Institute eher als Sicherheitsrisiko und weniger als Wirtschaftspartner. Im Jahr 2018 sahen dagegen volle 82 Prozent die Volksrepublik eher als Wirtschaftspartner, und nur 12 Prozent der australischen Bevölkerung verstanden China eher als Sicherheitsrisiko. Diese dramatische Veränderung in der Perception Chinas ist eine Zeitenwende.

Chinas aggressive Aufrüstung

Europa hat diese Veränderung der Einschätzung Chinas in Australien, aber auch in vielen anderen Ländern des indopazifischen Raums, nach wie vor nicht hinreichend zur Kenntnis genommen, wie die gegenwärtigen Proteste belegen. Die Anrainerstaaten des Pazifiks haben erkannt, dass China massiv aufrüstet und völkerrechtliche Normen missachtet. Europa hingegen sorgt sich vor allem um die Arbeitsplätze in den französischen Rüstungsbetrieben, aber auch in der deutschen Industrie.

Die Europäische Union hat noch keine schlüssige Antwort auf die Herausforderung durch China gefunden. Europa laviert zwischen wohlfeilen Protesten und dem anhaltenden Versuch, die chinesische Staats- und Parteiführung nicht zu verärgern. Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass die australische Regierung nicht nur die französischen Boote abbestellt hat, sondern dass sie zugleich ein neues Militärbündnis mit den USA und Grossbritannien gegründet hat. Indien und Japan, die schon heute mit den USA und Australien militärisch kooperieren, könnten sich diesem Bündnis anschliessen. Peking sieht sich dann erstmals mit einem breiten multilateralen Militärpakt konfrontiert, der in der Lage wäre, auf künftige chinesische Aggressionen angemessen zu reagieren.

Heribert Dieter ist Wissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.